



Peter Rohland

## PPP – Karriere einer Chiffre

Bereits seit Mitte der achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts gibt es unter dem plakativen Stichwort Public Private Partnership – „PPP“ – Kooperationen zwischen privaten und öffentlich-rechtlichen Akteuren. Dieser, aus dem angloamerikanischen Sprachraum übernommene Begriff, suggeriert Fortschrittlichkeit, signalisiert Kooperationsbereitschaft und versprüht gleichzeitig den Charme des rechtlich Unverbindlichen, so Professor

Tettinger auf einer der vom vhw zu diesem Themenkomplex durchgeführten Seminare. Auch wenn es bisher noch nicht gelungen ist, eine trennungsscharfe Begriffsbestimmung vorzunehmen und entsprechende Anstrengungen als Versuch bezeichnet werden, „einen Pudding an die Wand zu nageln“, hat die öffentlich-private Kooperation in den letzten Jahren einen beträchtlichen Bedeutungszuwachs erfahren. Dies hat zweifellos mehrere Ursachen:

- Die insbesondere unter dem Gesichtspunkt einer immer größer werdenden interkommunalen und auch interregionalen Konkurrenz notwendige Erneuerung und Modernisierung wesentlicher Teile der städtischen Siedlungs- und Infrastruktur;
- umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen im Osten Deutschlands;
- Kompetenz- und Kapazitätsprobleme kommunaler Verwaltungen hinsichtlich ihrer Managementfähigkeiten bei der Umsetzung dieser meist komplexen Aufgaben;
- last but not least: die Finanznot öffentlicher Haushalte, die nicht nur die Bearbeitung neuer, sondern auch traditioneller öffentlicher Aufgaben immer schwieriger werden lässt.

Die Karriere der Public-Private-Partnership erfährt darüber hinaus eine intensive Förderung seitens der Politik. So richtete die Landesregierung NRW bereits im Frühjahr 2002 eine Task Force mit dem Ziel ein, Partnerschaften zwischen öffentlicher Hand und privaten Akteuren bei der Realisierung von Infrastrukturprojekten zu etablieren. In diesem Jahr wurde seitens des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zusammen mit anderen Akteuren ein umfangreicher Leitfaden für PPP-Maßnahmen im öffentlichen Hochbau erarbeitet. Mitte des Jahres folgte der Bundesminister dem Beispiel NRW's und setzte ebenfalls eine Task Force für PPP-Projekte ein.

Unter diesen Bedingungen wächst bei den Akteuren auf beiden Seiten die Erwartungshaltung an das „Allheilmittel PPP“. Die öffentliche Seite erhofft sich die Erschließung neuer finanzieller Ressourcen und damit die Entlastung kommunaler Haushalte sowie Zeitgewinne bei der Durchführung der ihr obliegenden Aufgaben. Der Privatsektor verspricht sich die Akquisition neuer Geschäftsfelder mit den damit verbundenen zusätzlichen Gewinnerzielungsmöglichkeiten. Dass dieses Instrument allerdings nicht immer die Erwartungen der Beteiligten erfüllen kann, verdeutlichen zwei prominente Beispiele: Das Spektakel um das Autobahnmautsystem und das „Pilotprojekt Warnow-Tunnel“. Im letzteren Fall droht dem privaten Betreiber wegen der zu geringen Nutzung des mautpflichtigen Tunnels die Insolvenz. Bei einem Scheitern des Projekts kommen weitere finanzielle Belastungen auf die hochverschuldete Stadt als

Straßenbaulastträger zu, d. h. das Insolvenzrisiko des privaten Partners fällt auf die Kommune zurück.

Die nicht immer positiven Erfahrungen mit PPP-Projekten gehen allerdings bei der derzeitigen PPP-Euphorie unter. Alternativen zu PPP – etwa die horizontale Kooperation mittels Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts oder Arbeitsgemeinschaften geraten bei den Kommunen aus dem Blickfeld. Seit der Jahreswende 2003/2004 sind in Deutschland über PPP-Aktivitäten Investitionen in einem Umfang von rund 500 Millionen Euro angeschoben worden. Die Bauwirtschaft prognostiziert alleine im Bereich von Schulen, Verwaltungsgebäuden und Krankenhäusern bis zum Jahre 2009 ein Ausschreibungsvolumen von 6 Milliarden Euro.

Trotz des großen Interesses an PPP-Konstruktionen aus politischer, kommunaler, unternehmerischer und wissenschaftlicher Sicht gibt es nach wie vor noch einen erheblichen Diskussions- und Klärungsbedarf. Diesen Aufgaben stellt sich auch der vhw. Gemeinsam mit dem Ministerium für Stadtentwicklung in NRW hatte er bereits 1994 über das Deutsche Institut für Urbanistik eine Studie über die kommunalen Erfahrungen mit diesem Kooperationsansatz erstellen lassen, getragen von dem Anliegen, öffentlich-private Kooperationsprojekte zu unterstützen.

Ziel dieser Studie war es, bereits realisierte Partnerschaftsvorhaben im Bereich des Städtebaus zu untersuchen und dadurch Aufschluss über einige bei diesen Vorhaben immer wieder auftauchende und für deren erfolgreiche Durchführung relevante Fragestellungen zu erhalten. Diese reichen von der Organisation der Zusammenarbeit über die Finanzierung der Vorhaben bis zur Verteilung der Kompetenzen und Zuständigkeiten unter den Partnern.

Auch unter den mittlerweile veränderten Rahmenbedingungen den Anwendungsbereich dieses Instrumentes auszuloten und hierbei das Gemeinwohlinteresse der öffentlichen Hand mit dem Gewinninteresse des Privatsektors weitgehend zur Deckung zu bringen, ist und bleibt eine zentrale Aufgabe des Verbandes.



Peter Rohland  
Hauptgeschäftsführer des vhw e. V.

## Preis Soziale Stadt 2004

### Preisverleihung in Berlin

Am 13. Januar 2005 wird der Wettbewerb „Preis Soziale Stadt 2004“ im Berliner Kulturhaus „Wabe“ mit der Verleihung der Auszeichnungen seinen krönenden Abschluss finden. Eine hochrangig besetzte Jury hat im Oktober aus über 200 Wettbewerbsbeiträgen eine Auswahl getroffen. Acht Projekte werden für ihr vorbildliches Engagement mit einem Preis, zehn weitere Initiativen mit einer Anerkennung ausgezeichnet.

Der in diesem Jahr bereits zum dritten Mal als Gemeinschaftsinitiative verschiedener Einrichtungen durchgeführte Wettbewerb stößt damit erneut auf eine überwältigende Resonanz und hat in den vergangenen Jahren einen spürbaren Beitrag zur Verbreitung nachahmenswerter Weichenstellungen und Handlungsstrategien auf dem Weg zur „Sozialen Stadt“ geleistet. Im Rahmen der öffentlichen Preisverleihung wird das vielfältige Engagement der „Sieger“ und Wettbewerbsteilnehmer auch seitens der Bundesregierung mit großem Beifall bedacht:

Die Veranstaltung beginnt mit einem Eröffnungsbeitrag von **Bundesminister Dr. Manfred Stolpe**, in dem die Perspektiven der Sozialen Stadt aufgezeigt werden. Im Anschluss an die Verleihung der Urkunden werden die Vertreterinnen und Vertreter der Preisträger-Projekte in einem **Podiumsgespräch** von ihrer Arbeit vor Ort berichten und dabei nicht nur „aus dem Nähkästchen plaudern“, sondern auch in einen Dialog mit der Politik eintreten. In drei moderierten Talk-Runden werden **Staatssekretär Tilo Braune** aus dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, **Staatssekretär Peter Ruhenstroth-Bauer** aus dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie **Parl. Staatssekretär Gerd Andres** aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit als Gesprächspartner für die Wettbewerbs-Sieger zur Verfügung stehen.

Die öffentliche Preisverleihung beginnt am 13. Januar 2005 um 14:00 Uhr im Kulturhaus „Wabe“, Danziger Straße 101 in Berlin-Prenzlauer Berg. Die Teilnahme ist kostenlos. Das Programm kann unter [www.vhw-online.de/aktuell](http://www.vhw-online.de/aktuell) oder unter der Telefonnummer 030 / 390 473 26 bzw. per E-Mail an [preis.soziale.stadt@vhw-online.de](mailto:preis.soziale.stadt@vhw-online.de) in der vhw-Bundesgeschäftsstelle abgerufen werden.

Die Arbeit der prämierten Projekte wird in einer Dokumentation vorgestellt werden, die beim vhw angefordert werden kann und nach der Veranstaltung unter: <http://www.vhw-online.de/aktuell> in der Rubrik „Projekte“ auch online zur Verfügung stehen wird.

Soziale Stadt  
Preis Soziale Stadt 2004